

Etwas Unbehagen war schon dabei, als dieses „Kulturheft“ vorbereitet wurde: Alle Welt spricht und/oder schreibt über Kultur, über erste und zweite, über Hoch-, Volks-, Sub-, Alternativ-, Alltagskultur. Warum aber nimmt jetzt auch ARCH⁺, Zeitschrift für Architekten, Stadtplaner, Sozialarbeiter und kommunalpolitische Gruppen, „Kultur“ gesondert zum Thema?

Was uns interessierte und Anlaß war zur Auseinandersetzung mit der Kulturdiskussion der letzten Jahre, war eine doppelte Akzentverschiebung, die uns viele Fragen aufgab:

1) *Die Doppeldeutigkeit einer Transformation der aus der Studentenbewegung entwickelten Politikansätze in eine sozialkulturelle Neuorientierung: eine zunehmende Emanzipation kultureller Aktivitäten von Versuchen zur Instrumentalisierung für eine immer abstrakter werdende Politik. Statt nach der 'Verallgemeinerbarkeit von Interessen' und der 'richtigen' Organisationsform, wird immer öfter nach den subjektiven Bedingungen und dem (mikro-)politischen Potential des 'richtigen Lebens' gefragt, — bis hin zur Verweigerung jedes Anspruchs auf Verallgemeinerung und Organisation von Interessen, pardon: von „Wunsch“ und „Begehren“.*

2) *Die Doppeldeutigkeit aber auch der wachsenden Bedeutung, welche auf der Suche nach sozialer und kultureller Identität wieder den engeren räumlichen Bezügen gesellschaftlichen Lebens zugewiesen wird, insbesondere dem Stadtquartier.*

Kultur — und eine Transformation der Politik?

Mit der tendenziellen Vereinheitlichung der Politik der im Bundestag vertretenen Parteien geht eine Vereinheitlichung kultureller Tendenzen einher, die in Form eines neuen mittelständischen Konservatismus bis auf die Ebene kommunaler Kulturpolitik durchschlägt. Diese Vereinheitlichung zieht Ausgrenzungen und subkulturelle Zersplitterungen nach sich, die auf der anderen Seite zur Suche nach politischen und kulturellen Alternativen führt, welche mit der griffigen Formel von der „Zweiten Kultur“ vereinheitlicht werden.

So setzt sich die Kette der gängigen Polarisierung von zwei Kulturen aktuell fort: den Hochkulturen der Herrschenden wurden früher die Volkskulturen gegenübergestellt, dann der bürgerlichen die proletarische Kultur. Mit der Studentenbewegung jedoch wurde spätestens deutlich, daß sowohl an der Kultur der Bürger wie an der aus der Arbeiterbewegung stammenden einiges morsch geworden war. Was bedeuten diese Grenzen heute, wie weit sind sie verschoben, relativiert worden, aufgelöst im Getriebe einer

scheinbar alles absorbierenden Kulturindustrie? Was mit dem Ende der 60er Jahre in den Vordergrund trat, waren neue Formen einer allseitig oppositionell sich gebärdenden 'Kultur der Spontaneität', die sich weder auf die Traditionen der Arbeiterkultur noch auf die subventionierten Reste etablierter Bürgerlichkeit beziehen wollte.

Ihre hauptsächlichen Träger, die Abweichler aus den Mittelschichten, wollten selbst auf die Suche gehen. Immerhin: die provozierend nach außen gewandten Politisierungsansprüche boten produktive Reibungsflächen und auch an Vermittlungsversuchen zwischen den Richtungen fehlte es nicht in der reformerischen Stimmung des Aufbruchs in die 70er Jahre.

Zur inhaltlichen Füllung des Programms „Kultur für alle“ begannen einige SPD-Politiker in den Kommunen schon früh, den traditionell bürgerlichen Kulturbegriff und die entsprechende Politik durch sozial-orientierte Ansätze zu erweitern und diese über enge Ressortgrenzen hinweg zu verankern. Man bemühte sich um Vermittlung mit den vor allem aus der Studentenbewegung kommenden sozial-kulturellen Anstößen. Mit der Krise von Wirtschaft und Wohlfahrtsstaat, dem Scheitern der Reformpolitik haben sich die Entfernungen zwischen den Richtungen vergrößert, die Vermittlungsversuche sind selten und schwieriger geworden. Die produktive Reibung weicht einer Attitüde des wechselseitigen Sich-Ignorierens. Inzwischen können konservative Kreise mit hämischem Verweis auf die überraschende Museums-Manie breiter Bevölkerungsschichten sich über die verfehlte Öffnung und Didaktisierung der Kultur mokieren und „Nivellierung“ beklagen; ein arroganter Elitismus wird Mode — auch und gerade in der Architektur, wie man weiß.

Wie ist sie nun zu begreifen, diese neue Darstellung von „zwei Kulturen“, deren Besonderheit wohl in der „Lagermentalität“ auf der einen wie der anderen Seite liegt? Zwei Deutungen bieten sich an.

Da sind auf der einen Seite die eher caritativen Sichtweisen einer mehr oder minder traditionellen Linken: hier sieht man zuerst diese „zweite Kultur“ als die des Mangels, der Beschädigungen, der Opfer. Wie kann dieses Potential „wieder“ politisiert werden, zurückfinden zu oder sich wieder einfinden an der eigentlich schon immer feststehenden Kampf- und Frontlinie: Lohnarbeit contra Kapital?

Da sind auf der anderen Seite die Euphoriker des ganz Neuen und Anderen: „Nicht nur die gesellschaftlichen Verhältnisse bei der Wurzel packen, sondern die Verwurzelung dieser Verhältnisse in uns selber bekämpfen!“ Unter der Fahne einer „Politik in der ersten Person“ allerdings läßt sich das „Pathos des Aussteigens“ oft nur als „politische Pathologie der Aussteigenden“ (Offe) begreifen, die bis hin zu Selbstisolation und -zerstörung gehen kann und alle Zwei-

fel an der These rechtfertigen, daß „die Zukunft den Marginalisierten gehört.“

In dem Beitrag von Evers wird versucht, jenseits dieser beiden Bewertungen eine Orientierung zu ermöglichen, die neuen sozialen und kulturellen Initiativen weder zuerst als Opfer und Irrtum noch als bereits präsente neue Subjekte einer anderen Politik zu begreifen — vielmehr als ein Feld, in dem sich „ein Netz von emanzipatorischen und befreienden wie aber auch regressiven Momenten“ offenbart. Diese Bewegungen sind immer noch die lebendigsten Träger und Protagonisten der wichtigsten und am meisten umkämpften Ziele des letzten Jahrzehnts. Sie sind aber zugleich auch schon etwas anderes geworden. Denn was wird aus dem Versuch des Aufbaus anderer Lebens- und Arbeitsbeziehungen, wenn ihm der politische, kulturelle und gesellschaftliche Raum abgeschnitten wird? Wie weit sind die Folgen in einer solchen Situation, die Verdinglichung von Utopien, die Isolierung, das Auseinanderdriften unvereinbarer Lebens-, Sprach- und sogar Denkstile zwischen Mitte/Kern und Rand der Gesellschaft die Frucht aufgezwungener oder selbstgewählter Entscheidungen der neuen sozialen Bewegungen und Initiativen?

Vor dem Hintergrund einer solchen Differenzierung haben wir uns bei der Auswahl der spezifischen Beispiele für sozialkulturelle Bewegungen und Initiativen in diesem Heft vom „Prinzip Hoffnung“ leiten lassen: zwischen „Dritten und Draußen“, zwischen „Mitte und Rand“ der Gesellschaft findet nicht nur Ausbürgerung und wechselseitige Ausgrenzung statt.

Daß wir nicht am (negativen) Beginn eines Prozesses vollständigen Auseinanderfallens stehen und neue Vermittlungsebenen erschlossen werden, — darauf weist nicht nur die wachsende Bedeutung der „Grünen“ hin und ihr sich-Hineinwagen in die institutionalisierte Politik. Auch in anderen Bereichen scheint sich die Zahl der Grenzgänger zu vergrößern, die, wie es etwa Straus anhand einer Münchener Kulturinitiative schildert, „zwischen den Stühlen“ einer konservativ formierten Gesellschaft und den sozialen und kulturellen Ghettos von Randgruppen ihren Platz und ihre Aufgaben suchen: Mitglieder von Bürgerinitiativen, denen die sozialen Erfahrungen und Zusammenhänge in ihrer BI inzwischen wichtiger sind als der Anlaß ihrer Gründung und die damit verbundenen Forderungen nach außen; Sozialpädagogen und Erwachsenenbildner, die als zweifelnde 'Sinnvermittler' sich und anderen zur Selbstverwirklichung neue Tätigkeitsfelder suchen ... die Reihe der solcherart 'unpolitischen' Träger der 'sozialkulturellen Bewegung' ließe sich beliebig verlängern: „Wir sprechen nicht über Politik, wir machen Politik“ (K. Walter im Interview in diesem Heft).

Vor allem solche 'Grenzgänger' kommen in diesem Heft zu Wort, die zwi-

schen etablierten Institutionen auf der einen und der sogenannten Alternativbewegung auf der anderen Seite in verschiedenen Positionen und Perspektiven kommunikative Handlungsfelder zu eröffnen und zu sichern versuchen – ein insgesamt recht schillerndes Bild von Berichten: über die fast anachronistisch anmutende Wiederbelebung von 'Arbeiterkultur' im Ruhrgebiet, über die ungeliebten Folgen sozialdemokratischer Kultur-Reformpolitik im CSU-regierten München (vgl. die Beiträge von *Straus* und *Holl*) oder in Marburg (*Laufner*), die Konzeptionierung von und Auseinandersetzung um ein Bunkerprojekt in Berlin (*Frowein/Spangenberg*) und die Dokumentation eines Falles, wo Mittelstandskultur zerstörerisch über Alternativkultur hinwegwalzt (die Revierparks, *Hofmann*).

Der Raumbezug soziokultureller Initiativen: Quartierskultur

Blickt man heute auf die Werte und Zielsetzungen zurück, unter denen nach 68 die „Politisierung des Alltags“ zum Programm wurde, so kann man feststellen, daß das Spektrum der Bedürfnisse, Ängste und Sensibilisierungen, die man ansprach, viel breiter war, als es der schmale Raum seiner politisch-radikalen Umsetzung damals vermuten ließ. Die Kritik entmenslichter Alltagsbeziehungen, der Auflösung von Formen der Gemeinschaft und Solidarität in einer Art der modernen Wolfsgesellschaft, der Bedeutungsgewinn regionaler Traditionen und lokaler Besonderheiten als Symbole des Widerstandes gegen eine einsinnige Modernisierung räumlicher und sozialer Verhältnisse – auch ohne die Frage von Ökologie und Natur hier mitanzusprechen läßt sich leicht zeigen, daß diese Art des Mißtrauens und der Kritik von „Fortschritt“ nicht a priori durch irgendeine Seite des politischen Spektrums monopolisiert werden kann. Auch die Orientierung auf das Quartier, die im Rahmen einer so angelegten Zivilisationskritik nur folgerichtig erscheint, ist mehrdeutig. Relativ leicht zu unterscheiden ist die unterschiedliche Bedeutung der Quartiersorientierung sozialkultureller und politischer Initiativen und jene Art von „Quartiersbezug“, mit der sich die herrschende Politik und Administration heute Wünsche und Hoffnungen zwecks Herrschaftssicherung nutzbar zu machen versucht; schwieriger wird es schon bei einer Diskussion der Mehrdeutigkeit der alternativen Ansätze selbst.

Je mehr in der laufenden sozialkulturellen und politischen Entwicklung das Alltagsleben zentralisiert und bürokratisiert wird, auf den verschiedensten Gebieten der Zentralstaat in die Kommunen hineinregiert, im Zeitalter der Pressekonzentration der regionale Bezug der großen Medien nur noch als Privatisierung oder parteipolitischer Machtwechsel bei Rundfunk- und Fernsehanstalten gedacht werden kann, desto mehr bedarf es scheinbar auch einer Strategie, die symbolische

Orte zur Wiederfindung verlorengegangener Heimat und Identitäten zu bieten vermag. Der Handelswert des Quartiers scheint mit dem Verlust seines realen Gebrauchswerts in einer diesermäßen zentral verwalteten Welt nur zu steigen. In den verschiedensten Dimensionen arbeitet die offizielle Politik an der Aufrüstung des Quartiers als einer sozialen und kulturellen Verteidigungszone besonderer Art:

- ökonomisch: Gegen die „Stadtflucht“ zahlungskräftiger „Aktivbürger“ mittels Eigentumsförderung, subventionierter Anhebung der Wohnungsstandards durch Modernisierung, Wohnumfeldverbesserung und Verkehrsberuhigung (vgl. den Beitrag von *Häussermann/Siebel*)
- politisch: gegen das parteipolitische Desengagement der Aktivbürger durch institutionalisierte Partizipationsangebote, demonstrative Stärkung der „basisbezogenen“ Organisationsformen (Ortsvereine etc.) und „kommunalen Eigenverantwortlichkeit“ (vgl. *Sperling*)
- sozialkulturell: gegen „überlokale Orientierung“ durch stadtteil- und alltagsbezogene Kulturangebote zur Stärkung der Ortsbindung von Bewohnergruppen
- ästhetisch: gegen Verwechselbarkeit und Identitätsverlust durch quartiers-typische bzw. historisierende Stadt-reparaturen zur Vermittlung der kulturellen Bedeutungsgehalte lokaler Architektur.

Mit dem Blick auf die sterile Bürgerlichkeit dessen, was viele Stadtväter und manche Zeitschriften vom Fach als saniertes/revitalisiertes Quartier vorweisen, scheint es sich zu bestätigen: „Je unpersönlicher und unangreifbarer die Apparate sind, desto dringlicher wird die Herausbildung eines durch seine Moralität gekennzeichneten Mittelstandes, der die wirkliche Macht verschleiert.“ (Touraine). „Quartiersbezug“ in diesem Sinne dürfte für Parteien und Administration also eine echte „Gemeinschaftsaufgabe“ darstellen.

Eine ganz andere Bedeutung von Quartiersbezug wird sichtbar, wenn wir die Beiträge von *Holl, Straus, Hofmann, Hellweg/Moths* u.a. in diesem Heft verfolgen. Die im Quartier agierenden Initiativen verstehen das Stadtviertel als alltäglichen Lebensrahmen, als Lernfeld und Vermittlungsebene autonomer Interessenartikulation zur Bildung kollektiver Erfahrungsmöglichkeiten.

Aber auch in diesem wichtigen und zentralen Bemühen um „konviviale“ Lebensbedingungen im unmittelbaren Alltagsbereich läßt sich noch einmal entdecken, was wir vorher bereits unterstrichen hatten: die gerade genannten neuen progressiven Momente müssen sich ihr Überlebensrecht unter politischen Umständen erkämpfen, deren oftmals stumme Gewalt ihnen auch Anzeichen der Regression aufherrscht. An zwei Punkten dieser Quartiers-Kultur-Bewe-

gung scheint uns das besonders deutlich zu werden.

Der erste Punkt betrifft das, was „übrigbleibt“: die Macht der kulturellen Großtechnologien, die mit den neuen „Produktivkräften“ des Kabel-TV u.a. Dinge aufgeworfenen Probleme. So abstrakt und letztlich erfolglos die „boykottiert-Springer-Parolen“ der Studentebewegung gewesen sein mögen – wurde hier nicht noch offensiv eine Auseinandersetzung geführt, der man heute eher aus dem Wege gehen will, oder die man einfach unterlaufen zu können meint? Warum gibt es heute Blockaden und Hindernisse auf dem glatten Weg in die „Kabelkultur“? Hat eine offensive Auseinandersetzung innerhalb der Linken dazu irgendetwas beigetragen? Oder anders: kann man es sich leisten, mit dem Schreckbild U.S.-amerikanischer Kabelstädte, das in den Beiträgen von *Milzkott* und *Kirschenmann* so anschaulich gezeigt wird, eine technische Möglichkeit zu exorzieren, deren Verlockungen dann mit der heimlichen Frage – ist da nicht auch für uns ein Kanal drin? – erst recht bestehen bleiben? Daß es hier eine Lücke in dieser ARCH⁺-Nummer gibt, hat also weniger mit dem geringen Architekturbezug solcher Fragen zu tun, sondern weit mehr mit Lücken und Regressionen in einer Quartierskultur-Praxis, deren scheinbar auf der Hand liegender politischer Realismus der Selbstbescheidung sich nicht nur im Hinblick auf die Negation der alten und neuen „Großtechnologien“ der Kulturindustrie einige kritische Fragen gefallen lassen muß.

Damit sind wir schon beim zweiten Punkt. Wo nämlich schlägt ein solcher „Realismus“ der Quartiersorientierung in eine Art selbstzufriedenen Lokalismus um, für den die Welt schon in Ordnung ist, wenns „im Vierteile“ gut läuft? Und steckt hinter einer solchen Haltung nicht oft etwas ganz anderes als der vielleicht nur allzu berechtigte Pessimismus, daß man im kulturellen und politischen Großbetrieb ja doch nichts machen kann, ein heimlicher Optimismus nämlich? Darauf hoffend, daß die Vielzahl der kleinen „Graswurzel“-Bewegungen, angesiedelt in Peter Brückners „Löchern im Vergesellschaftungsprozeß“ irgendwie zu einem flächendeckenden Geflecht zusammenwächst, das die Strukturen der „Großsysteme“ der zentralstaatlichen Macht- und Kulturausübung gleichsam „nebenbei“ erledigt? Diese Art der Selbstbeschränkung, nicht aus Not sondern aus Überzeugung, muß sich allerdings die Frage gefallen lassen, ob die dramatische *Alternative* des „Barbarei oder Sozialismus“ sich tatsächlich ummünzen läßt in die mehr oder minder friedliche *Koexistenz* von so gern beschworener „Barbarei“ des Atom/Überwachungs/Telekommunikationsstaates und „sozialistischer“ Inseln kleiner Technologie/sanften Lebens und einer Kultur des Selbermachens.